

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende
des Petitionsausschusses

nur per E-Mail: verwaltung@openpetition.de

Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, 10111 Berlin

openPetition gGmbH
Herrn Jörg Mitzlaff
Am Friedrichshain 34
10407 Berlin

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
2653/19		A 002	1479	1478	23.11.2023 / La

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

die Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin haben Ihre Eingabe vom 22. September 2023 mit dem Titel **„Das Berliner 29 Euro Ticket muss dauerhaft bleiben“** beraten.

Der Eingabe, die auf der Internet-Plattform openPetition initiiert wurde, hatten sich während der Sammlung insgesamt 158 Unterstützende – davon 136 Unterstützende in Berlin – angeschlossen. Inhaltlich wird mit der Eingabe gefordert, dauerhaft ein Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr für 29 Euro monatlich anzubieten, mit dem das gesamte öffentliche Verkehrsnetz in Berlin und auch im Land Brandenburg genutzt werden kann.

Wir haben zu diesem Sachverhalt die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 12. Oktober 2023 hat uns die Senatsverwaltung ausführlich berichtet und erläutert, dass das ursprüngliche Tarifangebot „29-Euro-Abo“, auf das sich die Eingabe bezieht, im Herbst 2022 in Anbetracht der hohen kriegsbedingten Kostensteigerungen als Überbrückung befristet bis zur Einführung des Deutschlandtickets für 49 Euro pro Monat angeboten worden sei.

Das am 12. Februar 2023 neu gewählte Berliner Abgeordnetenhaus habe mit den Richtlinien der Regierungspolitik im Mai 2023 beschlossen, nunmehr ein unbefristetes 29-Euro-Ticket für Alle unter dem Dach des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) einzuführen.

Ein entsprechender Senatsbeschluss sei am 10. Oktober 2023 gefasst worden; der Aufsichtsrat des VBB habe der Einführung am 28. September 2023 zugestimmt. Mit einem Beschluss des Haushaltsgesetzgebers über die finanzielle Sicherung der notwendigen Mittel im Doppelhaushalt 2024/2025 würden nun die Voraussetzungen für ein entsprechendes Tarifangebot vorliegen.

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: 99407 -

U-Bahnhof Potsdamer Platz Kochstraße	S-Bahnhof Anhalter Bhf. Potsdamer Platz	DB-Bahnhof Potsdamer Platz	Bus M 29, M 41, M 48, M 85, 200	Internet: http://www.parlament-berlin.de E-Mail: petmail@parlament-berlin.de
--	---	-------------------------------	---------------------------------------	---

Mit der Einführung eines eigenen Tarifprodukts „Berlin-Ticket“ zum Preis von 29 Euro pro Monat im ersten Halbjahr 2024 wäre damit eine zentrale Forderung der Eingabe erfüllt. Eine frühere Einführung dieses Tarifangebots sei nach Darstellung der Senatsverwaltung aus technisch-vertrieblichen Gründen nicht möglich.

Der gleichzeitig in der Eingabe geäußerte Wunsch, die Gültigkeit dieses Tarifangebot auch auf das Land Brandenburg auszuweiten, könne jedoch nicht erfüllt werden. Eine entsprechende Beschlusslage des Landes Brandenburg, des Landes Berlin und der kommunalen Brandenburger ÖPNV-Aufgabenträger für ein in ganz Berlin und Brandenburg gültiges Ticket für 29 Euro pro Monat einschließlich des damit verbundenen Finanzierungsbedarfes liege nicht vor. Eine Ausdehnung des Gültigkeitsbereiches bei gleichbleibendem Preis wäre mit einem deutlichen Anstieg des Finanzierungsbedarfs – voraussichtlich auf über 410 Mio. Euro allein in Berlin – verbunden. Eine Vorsorge in dieser Höhe für eine entsprechende Erhöhung der Ausgleichsmittel, die das Land Berlin an die betroffenen Verkehrsunternehmen als Mindereinnahmenausgleich zahlen müsste, sei für den Landeshaushalt (2024/25) nicht vorgesehen.

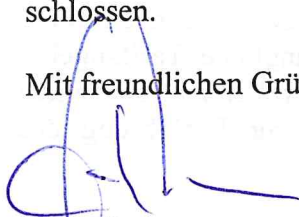
Es ist erfreulich, dass nun die Voraussetzungen vorliegen, im nächsten Jahr ein besonders günstiges und allgemein nutzbares Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Berlin (wieder) einzuführen. Einzelheiten zu dem vorgesehenen Tarifangebot können Sie der Presseerklärung des Regierenden Bürgermeisters – Senatskanzlei – vom 10. Oktober 2023 entnehmen, die wir für Sie als Anlage beigefügt haben.

Sicherlich ist es durchaus enttäuschend, dass dieses besonders günstige Angebot nicht auf das Land Brandenburg ausgeweitet werden kann. Allerdings sind die hierzu von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt vorgetragenen Hinweise aus unserer Sicht gut nachzuvollziehen. Im Ergebnis sehen wir für den Petitionsausschuss keine zusätzliche Möglichkeit, im Sinne der vorliegenden Petition tätig zu werden.

Wir bitten Sie, unsere Antwort den Unterstützenden der Eingabe auf geeignetem Wege zur Kenntnis zu geben. Die Bearbeitung Ihrer Eingabe haben wir mit diesem Schreiben abgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage



Mark Penn

Senat beschließt Einführung des Berlin-Tickets für 29 Euro im Monat

Aus der Sitzung des Senats am 10.10.2023:

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Auf Vorlage der Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Manja Schreiner, und der Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Franziska Giffey, hat der Senat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 die Einführung des neuen Berlin-Tickets für 29 Euro im Monat beschlossen. Die Einführung des Fahrscheinangebots wird auf Grundlage des Aufsichtsratsbeschlusses des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) vom 28. September 2023 erfolgen.

Mit dem Berlin-Ticket wird insbesondere für einkommensschwache Menschen in Berlin ein einfacher und günstiger Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geschaffen. Das neue Ticket schließt die Lücke zwischen dem bundesweit gültigen Deutschlandticket und dem berlinweit gültigen Sozialticket Berlin-Ticket S für Transferleistungs- und Wohngeldempfänger.

Das Berlin-Ticket zum Einheitspreis von 29 Euro pro Monat wird voraussichtlich im Laufe des ersten Halbjahrs 2024 eingeführt und kann dann frei erworben werden. Es gilt im gesamten Stadtgebiet von Berlin (Tarifbereich Berlin AB) und ist personengebunden. Eine Mitnahmemöglichkeit von weiteren Personen oder Fahrrädern ist ausgeschlossen. Das Ticket wird im Abo mit einer Mindestvertragslaufzeit von zwölf Monaten angeboten, das Angebot fällt nicht unter die Regelung für VBB-Firmentickets.

Der Senat ist überzeugt davon, mit dem Angebot weitere Kunden für den Berliner ÖPNV zu gewinnen und ihnen eine gute Mobilität ermöglichen zu können. Dazu zählen insbesondere auch Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen in Ausbildung, für die mit dem Berlin-Ticket der ÖPNV gegenüber den bisherigen Tarifangeboten nochmal günstiger wird.